

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Dornbrosch-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-293  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

## Marx' Richtlinien.

### Verfassung, Erfüllung, Völkerbund, Wirtschaftsfreiheit.

Die vom Reichskanzler aufgestellten Richtlinien über die zu führende Politik einer künftigen, etwa umgebildeten Reichsregierung haben folgenden Wortlaut:

1. Die Verfassung vom 11. August 1919 wird als rechtsverbindliche Grundlage des staatlichen Lebens anerkannt. Jeder Versuch, ihre Abänderung auf ungeschickem, insbesondere gewalttätigem Wege herbeizuführen, wird demgemäß als Hochverrat zu verfolgen und zu bestrafen sein.

2. Die Richtung der Außenpolitik wird in erster Linie durch die Londoner Abmachungen bestimmt. Die auf Grund derselben erlassenen Reichsgesetze sind loyal auszuführen, ebenso wie die lokale Ausführung des Abkommens von unseren Vertragsgegnern erwartet. Die Regierung wird es sich angelegen sein lassen, die Ausführung der übernommenen Verpflichtungen aufs sorgfältigste zu überwachen und die sich als notwendig erweisenden Abänderungen zu erreichen.

Die Ausnahme in den Völkerbund soll entsprechend der im deutschen Memorandum niedergelegten Auffassung erstrebt werden.

3. Bei der Lastenverteilung in Ausführung der bezeichneten Gesetze sollen die Maßstäbe der Wirtschaftsförderung und der sozialen Gerechtigkeit angewandt werden. Die bestehenden Finanzgesetze sollen nach diesen Gesichtspunkten durchgearbeitet werden.

4. Als eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung wird es betrachtet, die sozialen Leistungen dem Bedürfnis entsprechend zu steigern, sobald die finanzielle Lage des Reiches es irgendwo zuläßt.

5. Wirtschaftspolitisch wird mögliche Steigerung der Produktion und des Nahrungsgrades der Arbeit angestrebt werden, um die internationale Kredit- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern, wie sie insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der Reparationsbefreiung unerlässlich ist. Ausgehend vom Grundsatze der wirtschaftlichen Freiheit werden staatliche Eingriffe nur insoweit in Betracht kommen, als sie notwendig erscheinen, um eine wirtschaftsschädliche Unterdrückung der Wirtschaftsfreiheit von anderer Seite abzuwehren. Bei Lösung der bevorstehenden außenpolitischen Aufgaben wird mit der Stärkung der inländischen Produktion auf die höchste Förderung der Ausfuhr auf dem Boden von Gegenseitigkeit und Meißbegünstigung und die künftliche Schonung des Verbrauchs hingearbeitet werden.

### Beginn der Fraktionsbesprechungen.

Die Besprechungen der Reichstagsfraktionen über die Frage der Regierungserweiterung haben heute vormittag begonnen. Den Fraktionen sind im Laufe des Vormittags vom

Reichskanzler die „Richtlinien“ über die zukünftige Gestaltung der inneren und äußeren Politik zugestellt worden. Um 10 Uhr trat die Fraktion des Zentrums unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Fehrenbach zusammen. Der Reichskanzler, der an der Sitzung teilnahm, erstattete ein Referat über die politische Lage. Außerdem nahmen an der Sitzung Reichsminister Dr. Brauns und Dr. Höfle sowie von bekannten Mitgliedern der Fraktion die Abgg. Siegelwald und Dr. Wirth teil. Etwa die Hälfte der Fraktion war anwesend. Zurzeit dauert die Besprechung noch an. Um 11 Uhr trat die demokratische Fraktion zusammen.

Ueber die Fraktionsführung des Zentrums wird mitgeteilt: Reichskanzler Marx war schon zu Beginn der Sitzung anwesend und gab der Fraktion einen Ueberblick über die gegenwärtige politische Lage. Er legte die von ihm verfaßten Richtlinien vor, die erst nach der Entscheidung der Fraktionen veröffentlicht werden sollen. Wie wir hören, wird sich das Zentrum in dieser Fraktionsführung noch nicht endgültig entscheiden, sondern erst die Beschlüsse der Demokraten und der Deutschen Volkspartei abwarten. Es ist aber als sicher anzunehmen, daß sich die Zentrumsfraktion grundsätzlich auf den Boden der vom Reichskanzler Marx erstrebten „Volksgemeinschaft“ stellen wird. — Die demokratische Fraktion nahm um 11 Uhr ihre Beratungen auf und hörte zunächst Berichte der Vorstehenden Koch und Erkelenz.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages faßte in ihrer heutigen Fraktionsführung folgende Entschliessung:

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hält fest an ihrer Ueberzeugung, daß nur ein in innerer Einigkeit gestärktes Volk Deutschland retten, der durch die Annahme des Londoner Abkommens geschaffenen gesamtpolitischen Lage gerecht werden und die uns auferlegten schweren Lasten unter tätiger Mitwirkung aller schaffenden Kräfte der Arbeit und der Wirtschaft tragen kann.

Auch das ersuchte Ziel der baldigen völligen Befreiung der besetzten Gebiete ist auf diesem Wege am besten zu erreichen.

Die Zentrumspartei unterstützt daher die auf dieser Grundanschauung beruhenden Bemühungen des Reichskanzlers Marx, die bestehenden Koalitionen durch Hinzuziehung aller zum Aufbau an der Mitarbeit bereiten Parteien von rechts und links zu verbreitern und dadurch eine starke und gesicherte Regierung zu schaffen.

Die Zentrumsfraktion erwartet von der vaterländischen Gesinnung und der Staatsverantwortung aller zur Mitarbeit berufenen Parteien bestimmt, daß sie sich unter Zurückstellung jeglicher Parteinteressen gern dem Volksganzen dienenden Arbeitsgemeinschaft zum Wiederaufbau des Vaterlandes anschließen.

ments stark widersehe (?). Laut „Daily Mail“ wird sich das Schicksal der sozialistischen Regierung heute abend zwischen 11 und 12 Uhr entscheiden. Die Unterhausdebatte werde von Sir Robert Horne eröffnet werden, der den konservativen Mißtrauensantrag einbringen werde. Die Möglichkeit, daß infolge der Heftigkeit dieser Aussprache eine Vertagung des Hauses notwendig werde, werde keineswegs übersehen.

### Macdonalds ägyptische Politik.

#### Für Sicherstellung der Sonderinteressen Ägyptens.

London, 8. Oktober. (WTB.) Der Wortlaut der vom Premierminister an den britischen Oberkommissar für Ägypten und den Sudan gerichteten Depesche ist heute veröffentlicht worden. Es heißt darin: Im Verlauf der kürzlichen Besprechungen erhob Zaglul Pascha weittragende Ansprüche, u. a. forderte er die Zurückziehung aller britischen Streitkräfte aus Ägypten und den Verzicht auf den britischen Anspruch, an dem Schutze des Suezkanals teilzunehmen. Der Premierminister sagt in seiner Depesche, er habe Zaglul offen erklärt, daß keine britische Regierung das Interesse ausgeben könne, das sie an der Bewachung jedes lebenswichtigen Gliedes in den Verbindungen des Reiches habe, wobei sie besonders die in dieser Beziehung während des Krieges gesammelten Erfahrungen berücksichtige. Hinsichtlich des Sudans erklärte der Premierminister, die britische Haltung sei unverändert, aber Großbritannien sei bereit, die Sonderinteressen Ägyptens sicherzustellen. Die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Sudan übernehme die britische Regierung, die alle hierzu notwendigen Maßnahmen ergreife. Der Premierminister spricht die Hoffnung aus, daß bei gutem Willen eine Verständigung zwischen den beiden Ländern möglich sein werde.

### de Margerie bei Stresemann.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat der Reichsaußenminister Dr. Stresemann heute mittag 12.30 Uhr den französischen Botschafter de Margerie zu einer Besprechung empfangen. Es ist anzunehmen, daß die Unterredung vor allem den mit dem deutschen Völkerbundsmemorandum und der französischen Antwort zusammenhängenden Fragen galt.

Auf der Insel Kuba ist es am Montag zu großen Unruhen gekommen, in deren Verlauf 7 Personen getötet und 57 zum Teil sehr schwer verwundet worden sind. Es war zwischen der Polizei und Versammlungsteilnehmern, die für die Verlängerung der Amtsdauer des jetzigen Präsidenten eintraten, zu einem regelrechten Feuergefecht gekommen, das volle zwei Stunden dauerte.

## Hungerzoll.

### Brotverteuerung und Volksgesundheit.

Von Dr. med. Julius Moses, Berlin.

Wertwürdiger Zufall: Am demselben Tage, da die bürgerliche Mehrheit des Reichstages die Schutzollvorlage wenigstens noch in erster Lesung durchzuspeitschen sich anschickte und nur durch die Obstruktion der gesamten Linken in ihrem Vorhaben behindert wurde, erschien in der ärztlichen Presse eine regierungsamtliche Aufforderung an die Ärzte, in der es heißt:

„Im Laufe der letzten Monate haben sich die Fälle vermehrt, in denen besonders bei älteren Personen als Todesursache „Erschöpfung, Enfrächtung, Abzehrung, Schwäche, Inanition“ usw. angegeben wurde. Es liegt Grund zu der Annahme vor, daß wenigstens ein Teil dieser Fälle auf direkte Verhungerung aus Nahrungsmangel als Folge wirtschaftlicher Not beruht.“

Gerade aber diese letzteren Fälle reiflos zu erfassen, erscheint dringend notwendig, nicht nur zu Aufklärungszwecken für das Ausland, sondern weil auch die amtliche Todesursachenstatistik in solchen Fällen nicht zu sehr von der Wirklichkeit abweichen darf. Es ist nun ferner festgestellt worden, daß Fälle von physiologischem Hungertod infolge übergroßer Rücksichtnahme der Herren Ärzte auf die Angehörigen der daran Betroffenen als Tod durch „Erschöpfung usw.“ auf den Sterbefallzählkarten bezeichnet wurden. Erst genauere Nachforschungen förderten die wahre Todesursache, nämlich den Hungertod, zutage.“

Das Preussische Landesamt hat an die Ärztekammern die Aufforderung gerichtet, die

„Ärzte auf die große Bedeutung dieser Angelegenheit hinweisen zu wollen, damit es nach Möglichkeit gelingt, alle Fälle, in denen ein physiologischer Hungertod als sicher festgestellt ist oder als wahrscheinlich angenommen werden kann, statistisch zu erfassen. Mögen die Herren Ärzte doch stets daran denken, daß sie auch dadurch eine hohe sittliche Pflicht dem Volke gegenüber erfüllen, wenn sie nach bestem Wissen und Gewissen mit dazu beitragen, die Kenntnis von der zahlenmäßigen Einwirkung der das Leben bedrohenden krankhaften Ursachen zu vertiefen und damit dem Staate die Unterlagen liefern, um Maßnahmen zu treffen, die für das Allgemeinwohl von hygienischer Bedeutung sind.“

Unsere Regierung scheint die Schutzollvorlage anzusehen als „Maßnahme, die für das Allgemeinwohl von hygienischer Bedeutung ist.“

Vier Jahre Krieg mit all seinen Folgeerscheinungen, ganze Generationen entnervt und entkräftet, Verluste an nichtgeborenen Geschlechtern, die gar nicht zu berechnen sind, Anschwollen der Volkskrankheiten bis zu geradezu abenteuerlich klingenden Ziffern, Mütterelend, Kinderelend, kaum zu beschreiben: Das ist unsere Gegenwart, das unsere Zukunft, wenn man dem Volke das Leben noch unerträglich machen will. Glaubt man, um nur das ein Beispiel hervorzuheben, daß die Muttermilch reichlicher fließen wird, die Frauen freudiger ins Kindbett steigen werden, die Verfehlungen gegen das keimende Leben abnehmen werden, wenn Not und Sorge ständig den Horizont verdunkeln?

Aber so ist es nun einmal bei uns. Zwei Pferde spannt man vor den Wagen und vier hinter ihn. Was auf der einen Seite Gutes und Notwendiges geleistet werden könnte, das wird auf der anderen Seite sabotiert durch Maßnahmen, wie sie die Brotverteuerung darstellt. Das verträgt sich nicht miteinander: Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung auf der einen Seite, und auf der anderen Seite Verschlechterung der Ernährung durch Lebensmittelzölle. Was nützt es, der Mutter Schutz und den Kindern das Recht auf eine ausreichende körperliche Erziehung zu geben, wenn man den Allen wie den Jungen die Lebensmöglichkeiten durch Lebensmittelzölle erschwert?

Gerade zur rechten Zeit hat die preussische Regierung dem Landtag eine Denkschrift über den Gesundheitszustand der lernenden Jugend im Jahre 1923, und eine zweite über die Beeinflussung des Gesundheitszustandes durch die Teuerung zugehen lassen. Darin wird unter anderem festgestellt — Genosse Hellmann hat ja bereits am 25. September im preussischen Landtag darauf Bezug genommen —, daß die Sterblichkeit an Tuberkulose von Jahr zu Jahr wächst, die Tuberkulosefälle schneller zum tödlichen Ende verlaufen, die Krankheit selbst schwereren Charakter zeigt als früher infolge der durch die Ernährungsschwierigkeiten bedingten Hinfälligkeit der Bevölkerung und ihrer verminderten Widerstandsfähigkeit. Die mangelhafte Ernährung veranlaßt ferner das Auftreten von Sepsis und der aus den Kriegshungerjahren bekannten wässrigen Anschwellung der Gliedmaßen (Ödem). Dazu die Tatsache, daß viele Heilstätten, namentlich solche für Tuberkulose, infolge der Teuerung ihre Tore schließen mußten. Mangel an Wäsche, Rohlenmangel, Wohnungsnot: all das wirkt als Begleit- und Folgeerscheinungen der Teuerung im höchsten Grade verderblich ein auf den Gesundheitszustand des größten Teiles der Bevölkerung. Die Kinder- und Säuglingssterblichkeit nahm unter solchen Umständen entsetzliche Dimensionen an. Von 38 033 Schulkindern, die von den Schulärzten untersucht wurden, waren nur 31 Proz. befriedigend, 45 Proz. mangelhaft und 23 Proz. sehr schlecht ernährt. In Großstädten und Industriebezirken waren bis zu 80 Proz. der Kinder unterernährt und speisungsbedürftig. Von den Erwachsenen litten durch die Teuerung am meisten die Kleinrentner,

### Eine Kundgebung des Reichskanzlers.

#### Günstiger Gang der Anleiheverhandlungen.

Der Reichskanzler äußerte sich in einer Unterredung mit dem Vertreter der „Associated Press“ folgendermaßen: „Die deutsche Regierung sowohl wie das deutsche Volk sehen dem Abschluß der Anleiheverhandlungen in London mit großem Interesse entgegen. Das deutsche Volk wünscht die Inkraftsetzung des Dames-Planes, und es ist bereit, ihn mit bestem Willen und nach besten Kräften auszuführen, da das Ergebnis der Londoner Konferenz für eine Wiederaufnahme normaler Beziehungen zwischen Deutschland und den ehemaligen Gegnern eine gesündere Basis bietet als alle zuvor erwogenen Möglichkeiten. Das deutsche Volk erwartet von der Anleihe eine Stabilisierung der Finanzlage Deutschlands, während das Nichtzustandekommen der Anleihe das Scheitern des Planes bedeutet und dadurch unabsehbare Konsequenzen für Europa herbeiführen würde. Mit Genugtuung hat man in Deutschland festgestellt, daß die amerikanischen Bankiers die Grundfrage der Anleihe als gesund bezeichnen, so daß eine Mitwirkung des amerikanischen Marktes für einen ansehnlichen Betrag der Anleihe erwartet werden kann. Die Besprechungen der deutschen Unterhändler mit den Vertretern der verschiedenen Mäkte sind von Anfang an in loyalstem Geiste von allen Seiten geführt worden, und es ist als eine besondere Sicherheit für die weitere friedliche Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen anzusehen, daß nicht nur Amerika und England, sondern auch Frankreich, Italien, Belgien, Schweiz, Holland und Schweden zur Mitwirkung an der Anleihe bereit sind.“

### Die englische Krise.

Die Konservativen für Regierungsbildung, aber nicht für Auflösung.

London, 8. Oktober. (WTB.) „Times“ schreibt, das Unterhaus trete heute wieder zusammen unter dem Eindruck der ernstesten Krise, die bisher den Bestand der Arbeitereingabe bedroht hat. „Daily Express“ erzählt von offizieller Seite, daß die Konservativen heute abend für den die Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung des Campbell-Jalles fordernden liberalen Abänderungsantrag stimmen werden. Der Beschluß der Konservativen gründe sich auf die gestrige Erklärung des Ministerpräsidenten, daß er den liberalen Abänderungsantrag als direktes Mißtrauensvotum ansehe. Das sei ein schwerer Schlag für Macdonald. Er stehe einem Hauke gegenüber, das entschlossen sei, seinen Rücktritt zu erzwingen, und dem Lande, das sich einer Auflösung des Parla-



# Jungkommunisten vor Gericht.

## Verhängnisvolle Folgen kommunistischer Verheerung.

Vor dem erweiterten Schöffengericht des Amtsgerichts Berlin-Mitte fanden am vergangenen Montag sieben Jugendliche und ein älterer Arbeiter, mit Ausnahme von zwei Personen Mitglieder der kommunistischen Partei bzw. Jugend. Sie waren der schweren Körperverletzung und Bedrohung mit Totschlag angeklagt. Auf Grund der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt Bestrafung wegen schweren Landfriedensbruches. Diesem Antrage schloß sich das Gericht an und erkannte gegen zwei Angeklagte als Häufelführer auf je ein Jahr drei Monate, gegen zwei weitere auf neun Monate, gegen einen auf fünf Monate, gegen einen auf vier Monate Gefängnis. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Dem Nebenkläger Werner Rüdiger stand der Rechtsanwalt Dr. S. Hamburger zur Seite.

Den Prozeß hatte die folgende Vorgeschichte: Die Sozialdemokratische Partei hatte am 29. April d. J. eine Wählerversammlung in der Königsplatz-Brauerei einberufen, in der Genosse Albert Horstig einen Propagandafilm zur Durchführung brachte. Anwesende Kommunisten verließen die Versammlung wie üblich zu stören, wobei es zwischen Mitgliedern der SPD und des sozialdemokratischen Ordnungsdienstes zu Tätlichkeiten kam. Bald aber war die Ruhe wieder hergestellt. Am Schluß der Versammlung geriet der Jugendgenosse Werner Rüdiger mit noch anwesenden Kommunisten in Streit, der in Reibereien ausartete. Wenn nun die „Rote Fahne“ in ihrer Sonntagsausgabe schreibt, daß „Rüdiger in Begleitung der Sippe in den Saal stürzte und mehrere Jungproleten durch die Sippe festnehmen ließ“, so ist das direkt gelogen. Es steht nämlich fest, daß die Sippe bereits in den Saal drang, als sich Rüdiger noch mit den Kommunisten herumtrieb. Ohne jegliche Mithilfe Rüdigers nahm die Sippe darauf Verhaftungen vor. Im Bräugläser Stübchen war dadurch die Wut der Kommunisten auf das höchste gestiegen und nun ließen sie nichts unversucht, in gemeiner Weise „Rache“ an den Mitgliedern der SPD zu üben. Ahnungslos ihres Wesens lebende Jugendgenossen wurden des öfteren von einer Horde von 15 bis 20 Mann angefallen und mehr oder minder belästigt. Am Wahltage, dem 4. Mai, selbst traf sich der Jugendgenosse Werner Rüdiger mit einigen älteren Parteigenossen schon in den frühen Morgenstunden, um die Wahrheit einzuflehen. Rüdiger rügte eine etwa 60 bis 70 Mann starke kommunistische Kette voran. Raum hatten sie den ihnen verhassten Rüdiger erblickt, als man auch schon ausrief: „Da ist ja Rüdiger. Schlägt doch den Hund tot.“ Sofort drang die kommunistische Kette, die Messer, Stöcke und Totschläger mit sich führte, auf unsere Genossen ein, die sich im ersten Augenblick nicht wehren konnten. Hierbei erhielt der Parteigenosse Krumpholtz einige Messerstiche, während die Genossen Hahn, Werner Rüdiger und Fritz Borchardt mehr oder minder gefährliche Verletzungen abbekamen. Unsere Genossen laßen das Mitleid, wichen diesem Gefindel aus und strengten gegen 10 bekanntgemachte Beileggende Klage an. Vor dem Richterlich schrumpfte das Helvetium dieser Kowdus gänzlich zusammen und es standen schließlich ärmlich und sehr blödsinnige junge Leute da, denen das ein für alle malige Herz ganz wo anders lag als in der ach so treuen kommunistischen Brust. Sämtliche Angeklagte befruchteten nunmehr überhaupt „dabei gemessen zu sein“, behaupteten aber im selben Atemzuge zu wissen, daß die Rüdiger-Deute am 4. Mai mit Messern bewaffnet waren. Der angeklagte Markowicz, der ebenfalls verurteilt worden ist, erbot sich, dem Richter seine Ausweispapiere vorzulegen, aus denen hervorgehen soll, daß er Mitglied einer rechtsextremen Partei ist. Der Richter jedoch lehnte ab und das Gericht fällt das oben mitgeteilte Urteil.

In ihrer Dienstag-Morgenausgabe stimmt nun die „Rote Fahne“ ein heuchlerisches Gedächtnis an und tobt spaltenlang darüber, daß „der Vorhänger der sozialdemokratischen Jugend Jungkommunisten 14 Jahre ins Gefängnis bringt“. Dazu muß festgestellt werden, daß der Jugendgenosse Werner Rüdiger nicht Vorsitzender der sozialdemokratischen Jugend ist, sondern einfaches Vorstandsmitglied. Wenn hier aber junge Kommunisten das Unheil einer gerichtlichen Verurteilung herbeigeführt haben, so ist es hohe Zeit, daß sich die kommunistische Jugend einmal reiflich klar macht, wie es zu acht, daß nur wieder sie ihre Haut zu Markt tragen muß, während die passiven Urheber, die sie Tag für Tag durch blutdürstige Artikel, wie sie die „Rote Fahne“ bringt, aufpeitschen und zu unüberlegten und kraßeren Handlungen hinführen, unbestraft im Hintergrund bleiben.

# Unsicherheit in Spandau.

## Drei Raubfälle auf Radfahrer.

Ein Räuber, der es auf Radfahrer abgesehen hat, treibt in der Spandauer Gegend sein Unwesen. Am Sonnabendabend fiel er in der Hamburger Straße über den Reiter Otto Klein aus. Klein fuhr her und raubte ihm das Fahrrad und den Geldbeutel. Montagabend gegen 8 Uhr lauerte er wieder mit einer schwarzen Weste vor dem Gesicht und mit einer Pistole bewaffnet in einem Baumwäldchen an der Gartenfelder Straße auf Beute. Als der Kaufmann August Neumann aus der Hohanniststraße in Spandau die Straße nach Hohenort zu radelte, sprang der Räuber ihm an und forderte ihm mit vorgehaltener Pistole das Rad ab, von dem er ihn herunterstieß. Der Unberufene lehnte sich aber zur Wehr. Als auf seine Hüfte von den Baraden her Beute herankam, ergriff der Räuber ohne Beute die Flucht und entkam unverletzt in den Wald hinein. Die Streife des 155. Replers, der von Postorten benachrichtigt wurde, nahm alsbald die Ermittlungen auf, bisher aber ohne Erfolg.

Ein dritter Heberfall derselben Art ereignete sich am Dienstagabend gegen 10 Uhr auf der Chaussee Gatow-Spandau. Ein Kaufmann Reinhold Schulze aus Gatow war nachmittags in Geschäften nach Spandau geradelt. Als er sich auf dem Heimwege befand in der Höhe des Gutes Karolinenhof, wurde er plötzlich überfallen. Von einer Böschung herunter kam plötzlich ein Mann, der sich durch ein vor das Gesicht über Nase und Mund gebundenes Tuchkenntnis unkenntlich gemacht hatte und forderte den Radler mit vorgehaltenem Revolver, wie Schulze glaubt, einem verpackten Trommelrevolver, auf, ihm seine Pistole herauszugeben. Schulze kam zu Fall. Unter ständigen Drohungen mit dem Revolver plünderte er den Radler vollständig aus. So nahm er ihm die Geldtasche mit 19 M. weg und aus der Brieftasche einen alten Tausendmarktschein heraus. Dann schwang er sich auf das Rad des Unberufenen, drohte diesem mit Erdschießen, wenn er um Hilfe rufe und fuhr davon. Das zu Hilfe gerufene Heberfallkommando suchte erfolglos nach dem Räuber. Das geraubte Rad trägt die Fahnenmarke W. K. C. Mittelungen zur Aufklärung nimmt die Spandauer Kriminalpolizei und das Raubdezernat des Berliner Polizeipräsidiums entgegen.

# Berliner Fachmesse der deutschen Bekleidungsindustrie.

Der Arbeitsausschuß und der Vorstand des Berliner Messeamtes hatte die Vertreter der interessierten Verbände sowie die Presse in diesen Tagen in den Bürgeraal des Rathauses geladen, um über die nächste große Messerveranstaltung nähere Mitteilungen zu machen. Direktor Dr. Schindler referierte über die kommende Berliner Fachmesse der Bekleidungsindustrie, für die bereits 20 Verbände zugesagt haben, 10 weitere sollen zur Beteiligung eingeladen werden. Es ist ein Arbeitsausschuß und ein Industrie- und Handelsbeirat vorgesehen worden. Die Fachmesse soll keine Publikumsveranstaltung sein, sondern ausschließlich dem Geschäftsverkehr zwischen Hersteller und Abnehmer dienen. Als Aussteller werden nur heutige Herstellerfirmen zugelassen. Während der Messe sind — das ist eine Neuheit — besondere Kassen eingerichtet mit völlig ausgeprochenen Zimmercharakter, in denen zum Schutz der Geschäftsmuster und der

# Ein Friedenspreis.

## Die Ergebnisse eines Wettbewerbs.

Am April dieses Jahres stiftete der Bostoner Kaufmann Edward A. Filene 10 000 Dollar an Preisen für die besten Antworten auf die Frage, wie durch internationale Zusammenarbeit Friede und Gedeihen für Deutschland und Europa gesichert werden können. Gleiche Preise hatte er schon vorher für ebensolche Wettbewerbe in England, Frankreich und Italien ausgesetzt. Es fanden sich führende Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zusammen, um das Preisaus Schreiben in Deutschland durchzuführen.

Da mehr als 4200 Arbeiten eingingen, erwuchs dem Preisgericht, das sich aus Dr. Brellscheid, Prof. Dr. Harms, Graf R. Montgelas, Frau Antonie Pfaff, Prof. Dr. Ludwig Dübbe, Freiherr von Rheinbaben, Reichsgerichtspräsident Dr. Simons, Dr. Spahn und Frau Helene Weber zusammensetzt, eine große Aufgabe. Leider recht fertigte der Erfolg nicht völlig die aufgewandte Mühe. Auch bei den besten der eingelangten Arbeiten mußten die Preisrichter Vorbehalte machen. So kamen sie zu dem einstimmigen Beschluß, den ersten Preis von 5000 Dollar zwischen zwei Arbeiten Nr. 1681 und 1682 zu teilen. Den zweiten Preis von 1500 Dollar erhielt die Arbeit Nr. 2202; der dritte Preis wurde in kleine Preise zu 100 Dollar aufgeteilt.

Die Arbeit Nr. 1681 betrachtet die organisierte Zusammenarbeit der Völker als das allein wirksame Mittel zur Sicherung des Friedens und Gedeihens. Als das Hauptmittel hierfür erkennt sie den Völkerbund. Ihm gegenüber erhebt sie eine Reihe von Bedenken und macht Verbesserungsvorschläge. Vom deutschen Standpunkt aus verlangt sie besonders Gleichberechtigung aller Mitglieder des Völkerbundes und Lösung der Völkerbundfrage von den Friedensverträgen. Sie hält es für eine besondere Aufgabe Deutschlands, die Entwicklung des Schiedsverfahrens zu fördern, wie das durch den Schiedsvertrag mit der Schweiz geschehen ist. Zur Wiederherstellung von Deutschlands moralischer Stellung in der Völkergemeinschaft betrachtet sie die unparteiliche Klärung der Schuldfrage für unumgänglich; dazu müßten die Archive aller beteiligten Staaten ebenso rückhaltlos geöffnet werden, wie das in Deutschland geschehen ist.

Die wichtigste Aufgabe des Völkerbundes ist die Fortbildung des Völkerrechts; sämtliche Mitglieder des Völkerbundes sollten die Klausel über die obligatorische Unterwerfung unter die Rechtsprechung des vom Völkerbund eingesetzten internationalen Gerichtshofs in Haag unterzeichnen. Zur Vermeidung gefährlicher Konflikte wären aber vor allen Dingen das Selbstbestimmungsrecht der Völker und im Zusammenhange damit ein weitgehender Winderheitenschutz sicherzustellen.

Als besonders bedeutsam bezeichnet die Arbeit die Durchführung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung, die zum Teil durch die Friedensverträge aufgehoben ist, und die Ausarbeitung eines internationalen Wirtschaftsrechts. Dessen Grundlagen werden im Freihandel, der Freizügigkeit und der allgemeinen Gewährung jenes wirtschaftlichen Schutzes erblickt, wie es durch den Versailler Vertrag Deutschland einseitig auferlegt ist. Eine wichtige Voraussetzung für die Durchführung dieser Forderungen ist die Internationalisierung der Verkehrswege und die Fortbildung des internationalen Verkehrsrechts. Schließlich muß an Stelle der einseitig zugunsten der Sieger erfolgten Regelung der Kolonialfrage die Uebernahme sämtlicher Kolonien durch den Völkerbund und die gerechte Verteilung der Mandate erfolgen.

Weil der Völkerbund für alle diese Reformen der Ausgangspunkt ist, muß Deutschland einreten. Schon vorher muß es alle seine Bemühungen um Ausgestaltung des Völkerrechts als Ausfluß echter Völkerbundgesinnung treiben. Beweist es außerdem durch Zusammenarbeit auf kulturellem, technischem und jedem möglichen

Gebiet seine Solidarität mit den übrigen Völkern, so wird es in einem langamen und entseignenden geistigen Kampf der Wiederherstellung des Rechts dienen und damit den Weg zu dauerndem Frieden zeigen.

Die Arbeit Nr. 1682 fordert vor allem die Lösung der Reparationsfrage auf der Grundlage des Sachverständigenberichts. Nötig ist die Ausschaltung egoistischer Wirtschaftsinteressen aus der Außenpolitik. Dann ist trotz der vorhandenen Gegensätze eine nordeuropäische Wirtschaftsgemeinschaft in Form eines Zweckverbandes möglich, dem endlich die fehlenden Zollgrenzen einer veralteten Kleinstaaterei zum Opfer fallen könnten. Zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit gehört die politische Vereinigung, die nur durch irgendeine Art von Sicherheitspakt geschaffen werden kann. Mit dieser Frage hängt das Problem der Abrüstung unmittelbar zusammen, die endlich erfolgen muß, da die Friedensverträge ebenso wie die Völkerbundlösung von der Voraussetzung ausgehen, daß die Abrüstung Deutschlands die Abrüstung der anderen Staaten nach sich ziehen müsse.

Das beste Mittel zur Durchführung dieses Programms ist der Völkerbund. Trotz seinen Mängeln muß Deutschland einreten. Denn er bietet im Weltgerichtshof die Möglichkeit zur rechtlichen Beilegung von Konflikten und hat, besonders in der Wirtschaftskrise, die Nachmittel, um das Recht durchzusetzen. Freilich bedarf es, wenn er seine Aufgaben erfüllen soll, weitgehender Demokratisierung.

Eine Möglichkeit, die Anfänge dafür zu machen, ist in der Interparlamentarischen Union gegeben, die eine Art von Völkerbundparlament sein könnte, bis die Säugung des Völkerbundes selbst entsprechend geändert werden kann. Dazu bedarf es stärkerer Unterstützung der interparlamentarischen Gruppen in den einzelnen Ländern durch ihre Regierungen.

Die dritte Arbeit, Nr. 2202, beschäftigt sich in erster Linie mit der Frage, wie die weltwirtschaftliche Verbundenheit aller Völker staatspolitisch besser als bisher berücksichtigt werden kann. Sie geht davon aus, daß die meisten Konflikte staatspolitischer Natur seien und daß den diplomatischen Vertretungen eine zu große Einwirkung auf die Beziehungen der Staaten überlassen bleibe. Deshalb fordert sie die Regelung aller Handels- und Verkehrsfragen zwischen den Staaten durch besondere Handelsverträge und die Erledigung rein staatspolitischer Akte möglichst nicht unmittelbar, sondern durch Vermittlung des Völkerbundes. Erst auf der Grundlage einer völligen Aenderung der politischen Methoden wird auch die Abrüstung wirksam. Sie muß vollkommen sein bis auf die zur Lösung polizeilicher Aufgaben nötigen Kräfte, wobei ein Teil der Flotten als Schutz gegen halbzivileisierte Völker erhalten bleiben könnte. Alles übrige Material muß verschrottet und die Rüstungsindustrie, wie das in Deutschland geschehen ist, überall auf Friedensarbeit umgestellt werden.

Für Deutschland ist völlige Gleichberechtigung erforderlich, wobei Bedenken auf die aus dem Sachverständigenberichts in dieser Richtung ergebenden Gefahren zu achten ist. Die moralische Voraussetzung dafür ist die Klärung der Schuldfrage.

Damit sich die Einheitlichkeit der Weltwirtschaft für den Frieden auswirken kann, muß der Völkerbund die rechtlichen Voraussetzungen schaffen. Besonders ist das Wirtschaftsrecht zu vereinheitlichen. Endziel muß sein die Auflösung der staatlichen Volkswirtschaften als eigenständiger Organismen, die Aufhebung gewisser staatspolitischer Bindungen und unter Beizug auf einzelne Souveränitätsrechte die Uebernahme außenpolitischer Bindungen im Völkerbund.

Die Namen sämtlicher Preisträger werden nächste Woche bekanntgegeben. Später wird außerdem eine Zusammenstellung der wichtigsten Vorschläge und der Gesamtgedankengänge besonders veröffentlicht werden.

Warenwerke die einzelnen Muster vorgeführt werden. Die Messe soll in der Zeit vom 8. bis 11. Februar 1925 stattfinden. Zu derselben Zeit wird auf dem Messengelände der Stadt Berlin eine Schuh- und Ledermesse und höchstwahrscheinlich auch die Radiomesse veranstaltet werden, so daß mit einem guten Beluag zu rechnen ist. Ueber den Rahmen dieser rein tatsächlichen Mitteilungen hinaus machte Dr. Schind auf eine notwendige Neuordnung des Messewesens in bemerkenswerter Weise aufmerksam. Er sprach davon, daß in der letzten Zeit die Aussteller durch die vielen Messen nicht nur eine Messenmüdigkeit zeigen, sondern daß direkt von einer Messekrise gesprochen werden müsse. Eine Neuordnung des Messewesens sei notwendig, und zwar nach der Richtung und in dem Rahmen der Veranstaltung von Fachmessen. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat durch Umfrage festgestellt, daß einzig und allein die Fachmesse der gute und gesunde Gedanke der Messe der Zukunft ist. Die Berliner Fachmesse der deutschen Bekleidungsindustrie wird die erste große derartige Fachmesse sein und Dr. Schind gab der Hoffnung Ausdruck, daß sie auf dem Gebiet der Reform des Messewesens bahnbrechend wirken werde.

# Aushebung einer kommunistischen Postzentrale.

Am Dienstagabend ist von der Abteilung Ia des Polizeipräsidiums Berlin in einem Hause der Thomastraße in Reutal nach längerer Beobachtung eine Werkstatt für Fälschung von Pässen und sonstigen Ausweisen, insbesondere von Steuerkarten, polizeilichen Fragebogen und behördlichen oder privaten Führungszugnissen ausgehoben worden. U. a. wurden etwa 3000 verschiedene Stempelformen in Gummi und Metall, zahlreiche Postformulare, Bordrude, Briefbogen mit Firmenkopf, Photographien richtiger behördlicher Bescheinigungen, ferner in Arbeit befindliche Bronzeerkennungsmarken für Kriminalbeamte, Lochstempel für die Berliner Vermögenssteuer und anderes Fälschungsmaterial in einem bisher nicht gesammten Umfang vorgefunden. Das gesamte Material war in musterhafter Ordnung. Auch fand sich eine bis auf die letzten Tage vervollständigte Sammlung aller Ministerialektasse und sonstigen behördlichen Bestimmungen vor, die sich auf Pässe und auf behördliche Mitteilungen über von Kommunisten entwundene amtliche Stempel und Bordrude beziehen. Verschiedene Umstände lassen sich sicher erkennen, daß der Leiter dieser Werkstatt, der selbst Funktionär der KPD ist, sie im Auftrag seiner Partei, zum mindesten aber in deren Interesse betrieben hat.

# Ein Aktienbetrug.

Bei der Brandenburgischen Girozentrale ist ein großer Betrug mit gefälschten Aktien entdeckt worden. Die der Fälschung beschuldigten Personen, Direktor Ludwig Red von der Palatia-Film-Verleih-Aktiengesellschaft, und Walter v. Blumenthal von der Reichsborler Viktoria-G. m. b. H., sollen im Automobil aus Berlin geflohen sein. Auf gefälschte Aktien der Elberfelder Glanzstoff-Fabrik, der Magdeburger Bergwerks-Aktiengesellschaft und der Bremer Wollkämmerei-Aktiengesellschaft, die bei verschiedenen Stadtparkassen deponiert worden waren, sind bei diesen Kassen beträchtliche Darlehen entnommen worden. Die bisherigen Feststellungen haben den Betrag von 2 Millionen

Goldmark ergeben. Bei der Fürstenwalder Stadtparkasse und bei der Brandenburgischen Girozentrale in Berlin hat Direktor Sack, ein früherer Angestellter der Girozentrale und jetziger Leiter der vor 8 Wochen gegründeten Viktoria-G. m. b. H. in Reichenhagen, die Darlehen entnommen. Man nimmt an, daß das Reichsborler Wert von der Aktienfälschung nichts gemerkt hat und von dem Herrn v. Blumenthal hineingelegt worden ist. Die Girozentrale erklärt, gegen Verluste durch weitere Sicherungen gebet zu sein.

Im Meinungsprozeß gegen den Spandauer Stadtrat Eggert land in der Nacht von gestern zu heute ein Lokaleinbruch in Staaken statt. Geprüft wurde, ob man aus der Wohnung der Jungin Frau Barmann (wie diese behauptet) zur Nachtzeit durch den Briefschloß der Tür habe erkennen können, daß Eggert es war, der die daneben gelegene Wohnung der Fürsorgeheimleiterin Wehner verließ. Nach diesem Termin erließ das Gericht einen Haftbefehl gegen den Angeklagten Eggert, der bisher auf freiem Fuß geblieben war, und Eggert wurde dann verhaftet. Die Prozeßverhandlung wird Freitagnachmittag fortgesetzt.

Gründungsfeier des „G. E. d. S. Bin.“ Der bis jetzt 180 Sängern und Sängern zählende Gemischte Chor der Schuppelpolizei Berlin beging im Orpheum, Holtenheide, seine Gründungsfeier in Form eines glänzend besuchten Festkonzerts, an das sich ein Festball mit Tombola um. schloß. Das Grün der uniformierten Sängern bot einen wirksamen Kontrast zu dem Weiß ihrer Frauen und Mädchen. Der Chor, aus schönem Stimmmaterial bestehend, durch Solisten und ein 50 Mann starkes Orchester (Bemerkung der Schuppelpolizei) verstärkt, sang u. a. die „Meisterlieder“-Chöre, unter Leitung des tüchtigen Dirigenten Hans Resmann, den man mit Vorbeurteilung. Die Aufführung verlief viel fröhlich und Sauberkeit aller Leistungen.

Die 5. Oberrealschule, die seit Ostern dieses Jahres nach der Reinen Frankfurter Straße 6 (Nähe Alexanderplatz und Janowibridge) verlegt ist und als moderne höhere Schule besonders für die im Osten und Südosten Berlins gelegenen Wohnbezirke in Betracht kommt, eröffnet am 10. Oktober eine Obersekunda. Anmeldungen werden jetzt noch (während der Ferien) täglich von 10 bis 12 Uhr vorm. im Amtszimmer der Anstalt entgegen genommen.

# Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Parteisekretariat, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

38. Wkt. Heute Mittwoch 7 1/2 Uhr: Schließend des Bezirke 184 und 186 Fürstenwalder Str. 12.

39. Wkt. Heute abend 8 Uhr: Schließend im Lokal von Kreis, Golliner Str. 6. Tagesordnung und Referat wird im Schließend bekannt gegeben.

111. Wkt. Sonnabend. Heute Mittwoch 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Heilmann, Wollteufelstr. 10.

Jungfernküchen Reutal. Donnerstagsabend 8 Uhr in der Bergstr. 15: Literaturabend.

# Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung: Windig und kühl, unbeständig, mit leichten Regenschauern. — Deutschland: In Nordwest- und Mitteldeutschland leichte Niederschläge, in Süd- und Ostdeutschland noch meist trocken.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Arbeitszeit im Steinkohlenbergbau.

Aus Bergarbeiterkreisen wird uns geschrieben: Nach englischen Zeitungsberichten hat der Generalsekretär der englischen Bergarbeiterorganisationen, Arthur J. Cook, wiederholt erklärt, daß die englischen Bergarbeitervertreter auf der am 29. Oktober d. J. in Brüssel zusammengetretenen Konferenz der Bergarbeiterorganisationen aller Länder „den Neunstundentag im deutschen Bergbau“ zum Mittelpunkt der Diskussion machen werden. Die Engländer würden versuchen, eine internationale Aktion gegen den deutschen Arbeitstag im Bergbau einzuleiten, ohne Rücksicht auf den Dames-Plan und die Londoner Abmachungen. Zur Information sei vorweg gesagt, daß Cook Kommunist und als solcher Gegner des Dames-Planes und der Londoner Abmachungen ist. Die Bergarbeiter hat er natürlich aus Rußland bezogen.

Die deutschen Bergarbeiter begrüßen natürlich jede Hilfe, die ihnen in ihrem Kampf um Besserstellung der Arbeitsbedingungen geboten wird, nur darf man sich dabei kein eigenes Kampfsobjekt zurecht legen, wie man es gerne haben möchte, sondern muß es so nehmen, wie es ist. Im unterirdischen Betrieb des deutschen Steinkohlenbergbaues — und dieser kommt einzig und allein als Konkurrenz für den englischen Bergbau in Betracht — existiert nirgends der Neunstundentag. Ende März d. J. waren im deutschen Steinkohlenbergbau, ausschließlich der Rebenbetriebe, unter und über Tage 646 767 Arbeiter beschäftigt. Mit Ausnahme von Oberschlesien beträgt die Arbeitszeit für die unter Tage beschäftigten Arbeiter einschließlich der Ein- und Ausfahrt und einschließlich einer kurzen Essenspause und einschließlich einer Stunde Heberarbeit acht Stunden. In Oberschlesien, wo 46 428 Arbeiter unter und über Tage beschäftigt waren, beträgt die Arbeitszeit unter Tage und unter genau denselben Bedingungen wie vorausgehend mitgeteilt 8 1/2 Stunden. Von einem Neunstundentag im unterirdischen Betrieb des deutschen Steinkohlenbergbaues kann also gar keine Rede sein. Das Kampfsobjekt, das nach Cook im Mittelpunkt der Diskussion auf der internationalen Konferenz in Brüssel stehen soll, ist also nicht vorhanden. Glücklicherweise nicht. Dies zur Richtigstellung.

## Kommunistische Internas.

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht eine lange Polemik gegen die Organisationen, die auf Anordnung von Moskau ins Leben gerufen wurden und nun sich weigern, der gegenwärtigen Anordnung ohne weiteres Folge zu leisten. Selbstverständlich sind diese einst so revolutionären Kommunisten jetzt ganz gewöhnliche „Verräter“. Sie haben, wie die „Rote Fahne“ schreibt, den ersten und wichtigsten Grundzweck eines wirklichen Volkswillens, nämlich der unbedingten Disziplin gegenüber einem Parteibefehl, noch nicht begriffen. Die Ausnahmefälle von Moskau halten es natürlich für ein Staatsverbrechen, wenn jemand selbständig denkt.

Das weitere bringt die „Rote Fahne“ das Protokoll eines Parteischiedsgerichts gegen einen gewissen Bachmann, der seit Kaiser ausgeschlossen wurde, der Hauptmaßstab der moskowitzischen Bauarbeiter ist. Aus diesem Protokoll erfährt man, daß ein gewisser Riensow Streikbrecher und zugleich Mitglied der kommunistischen Organisation ist und daß Kaiser und Bachmann gegeneinander intrigieren. Das Schiedsgericht stellt in diesem Punkt „fest“, daß Bachmann kein Material zu dem Zweck, den Ausschluß Kaisers zu erwirken, geliefert habe. Das Material komme vielmehr „aus Monatsberichten der Industriegruppenleiter Bachmann und Grob“. Also nicht Bachmann, sondern — der Industriegruppenleiter Bachmann hat das Material geliefert, um seinen Freund und Genossen Kaiser an den kommunistischen Folgen zu bringen. Das ist so die kommunistische „Einheitsfront“.

## Reichsbahndirektion und Speditionsarbeiterstreik.

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben: Während die Arbeiter des Speditionsbetriebes in schwerem Kampf um einigermaßen menschenwürdige Existenzbedingungen standen, war es interessant, zu beobachten, in welcher Weise ihnen hierbei die Reichsbahndirektion Berlin zugunsten der Postfirmen in den Rücken fiel. Selbstverständlich tut man das nicht mehr in den rohen Formen der Vorkriegszeit, weil eine Kritik in der Zeit viel einflussreicheren sozialdemokratischen Presse viel peinlicher wirkt als früher. Die Herren Geheimräte wissen die Karte schon so zu spielen, daß 1. die Öffentlichkeit nicht zu viel davon erfährt, 2. dieselbe Defensivität im angeblich eigenen Interesse die Maßnahmen der Verwaltung unterstützt und 3. die Speditionsarbeiter selbst es nicht merken sollen.

Kaum war der Streik erklärt, so wurde bestimmt, daß die für Speditionen eingehenden Güter von den Güterböden sofort wieder in Eisenbahnwagen verladen werden und auf Abstellgleisen zur Verfügung der Spediteure gehalten werden. Wird berücksichtigt, daß wir augenblicklich in der Zeit der größten Kartoffeltransporte leben, in welcher alljährlich ein starker Rangel an Eisenbahnwagen eintritt, so bedeutet diese Ueberweisung von Eisenbahnwagen als rollende Güterböden eine einseitige Bevorzugung der Speditionsfirmen und eine Benachteiligung des allgemeinen Verkehrs durch Entziehung der dazu bestimmten Eisenbahnwagen.

Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Reichsbahndirektion von den Speditionsfirmen für die Einfuhr dieser Sendungen nicht einmal Lagergeld in tarifmäßiger Höhe zu erheben, sondern will sich mit dem prozentual viel niedrigeren Wagenstandgeld begnügen. Während das Wagenstandgeld täglich 3 M. beträgt, würden für einen 20-Tonnen-Wagen an Lager-

geld 20 M. zu zahlen sein. Ob die Reichsbahndirektion für die Differenz von 17 M. pro Tag und Wagen keine Verwendung hat?

Die Reichsbahndirektion forderte am Freitag und Sonnabend vergangener Woche das Publikum auf, infolge angeblicher Verstärkung der Güterböden die eingehenden Güter infolge der Unmöglichkeit der Zurollung sich selbst abzuholen. Die Wirkung dieser bohnamtlichen Aufforderung zum Streikbruch auf das Publikum war recht lehrreich. Während Geschäftsleute und einige wenige Außenleiter von dieser Aufforderung Gebrauch machten, hat das große Publikum anscheinend bemerkt, daß eine Befolgung dieser bohnamtlichen Aufforderung den Dolchstoß in den Rücken der streikenden Arbeiter der Verkehrsbetriebe bedeuten würde, da der Streik damit praktisch beendet wäre. Nach den geltenden Bestimmungen ist die Eisenbahn verpflichtet, eingehende Güter, sofern sie nicht bahnlagernd gestellt sind, zurollen zu lassen. Innerhalb der festgelegten Lieferfristen kommt sie, je nach dem Charakter der Ware für etwelches Verderben der Ware auf, da Streik nach der Judikatur des Reichsgerichts nicht unter den Begriff höherer Gewalt fällt. Die Eisenbahnverwaltung hätte es also in der Hand, die Speditionsfirmen unter diesem Gesichtspunkte zum Abrollen eingehender Güter zu zwingen. Statt dessen ist sie so naiv, durch öffentliche Aufforderung zum Abholen der Güter zum Streikbruch aufzufordern.

Die Arbeitnehmerschaft wird für den Hinweis dankbar sein, daß die Reichsbahndirektion deshalb alles tat, um den Streik der Speditionsarbeiter abzuwürgen, weil beim Gelingen dieses Streiks die Auswirkungen auf die Arbeiter der Eisenbahn als Speditionsarbeiter im weiteren Sinne klar zutage lagen. Deshalb war gerade in diesem Falle strengste Solidarität das Gebot der Stunde.

## Lohnschiebspruch für die Kammereiarbeiter.

Wie wir bereits mitteilten, stehen die städtischen Kammereiarbeiter in einer Lohnbewegung. Die direkten Verhandlungen mit dem Magistrat haben sich zerlagert, so daß der Gemeinde- und Staatsarbeiterverein die tariflich vorgesehene Schiedsstelle anrufen mußte. In den Verhandlungen am Dienstag vormittag kam es zu folgendem Schiedsspruch: Für die männlichen Vollarbeiter werden die Löhne ab 1. Oktober um 3 Pf. pro Stunde erhöht. Die Lohnerhöhungen für die Frauen, die Jugendlichen und die minderwerbsfähigen Arbeiter erfolgen im prozentualen Verhältnis. Die Vollarbeiterzulage wird um 1 Pf., non-4 auf 5 Pf. pro Stunde erhöht. Die Basis für die Gehaltsgewinn. Akkordlöhne liegt 3 Pf. unter den betreffenden Stundenlöhnen. Ueber die sonstigen strittigen Fragen, z. B. die Herabsetzung des Dienstalters für Vollarbeiter, weiter über die Eingruppierung der einzelnen Arbeiter und über die Dienstalterszulage empfahl die Schiedsstelle nochmalige direkte Verhandlungen unter den Parteien. Die Erklärungsfrist wurde im Spruch bis zum Sonnabend festgelegt.

## Lohnbewegung der Leitergerüstbauer.

Wie bereits mitgeteilt, haben die Leitergerüstbauer Lohnforderungen eingereicht. Sie fordern für Vollere 1,40 M., für Gerüstbauer 1,20 M. und für Flagarbeiter 1 M., gewiß nicht zuviel, wenn man ihre schwere, lebensgefährliche Arbeit, die noch dazu Saisonarbeit ist, berücksichtigt. Da die Unternehmer jede Lohnverhandlung ablehnten, beschloßen die Funktionäre, die Verhandlung zu beantragen, bis zum Sonnabend mit den Unternehmern zusammenzukommen. In einer gestern abgehaltenen Vorversammlung der Leitergerüstbauer verlas S y d o w vom Verkehrsband ein Schreiben der Unternehmer, in welchem sie um Aufschub der Verhandlung bis zum Mittwoch baten, da ihr Vorsitzender erkrankt sei. Nach eingehender Aussprache, in der die Inaktivenheit der Arbeiter mit der Verschleppungstaktik der Unternehmer zum Ausdruck kam, wurde schließlich gegen eine starke Minderheit beschlossen, die Verhandlungen am Mittwoch noch abzuwarten, ehe andere Maßnahmen getroffen werden.

## Tarifbewegung bei der Hochbahn.

Zwischen dem Verkehrsband und der Hochbahndirektion haben gestern Verhandlungen zur Schaffung eines neuen Manteltarifes stattgefunden. Die Direktion wollte abweichend von dem bisherigen Zustand und für das Fahrpersonal und das technische Personal einen gemeinsamen Manteltarifvertrag schaffen, während die Organisationsvertreter darauf bestanden, daß auch in Zukunft für beide Arbeitnehmergruppen gesonderte Tarife vorhanden sein sollen. Die Dienstverhältnisse beim Fahrpersonal sind durchaus andere als die Arbeitsbedingungen des technischen Personals. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden. Es wird nun ein Schiedsgericht gebildet werden, das zunächst über die grundsätzliche Frage und dann über die Manteltarife selbst entscheiden wird.

## Die Hungerpeitsche in der Oberpfalz.

München, 7. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Infolge eines 17prozentigen Lohnabzuges sind die Arbeiter des staatl. Werkes in Amberg am 22. September in den Streik getreten. Dieser Streik ist vom Arbeitgeberverband und der Generaldirektion getwortet worden, denn bereits 14 Tage vor der Arbeitseinstellung wurde an die Meister und Beamten der Luisenbühne ein vertrauliches Schreiben verandt des Inhalts: „Die Arbeitnehmerschaft des Werkes wird wahrheitsgemäß in nächster Zeit freikeln. Die Angestellten und Beamten sollen sich deshalb zur Werks-Rothilfe melden, um die Arbeiten am Hochofen und in sonstigen notwendigen Betriebsabteilungen zu machen. Es liegt das in ihrem Interesse, da sie sonst auch arbeitslos werden, wenn das Werk vollständig zum Erliegen kommt.“ Hier zeigt sich also klar, daß die Unternehmerorganisation bewußt auf die Arbeitseinstellung hinarbeitete. Die Angestellten und Beamten beläßen tatsächlich auch nicht so viel Charakterstärke, um

die verlangte Streikarbeit abzulehnen und fielen der um ihre Existenz ringenden Arbeitnehmerschaft in den Rücken. In trauriger Gesellschaft mit der Technischen Rothilfe, die nicht nur die lebenswichtigen Betriebe aufrechterhalten, sondern auch Eisen und Kohlen zum Versand bringen sollte, verrichteten die Beamten und Angestellten Streikarbeit. Nunmehr hat aber der Arbeitgeberverband der Bayerischen Erzbergbau- und Hüttenbetriebe seinen sämtlichen Arbeitern in der Oberpfälzischen Hüttenwerke gefündigt. Diese Ausperrungen, von denen zusammen mit den 1400 Streikenden rund 6000 Berg- und Hüttenarbeiter in der Oberpfalz betroffen sind, sollen als Abwehrmaßnahme gegen den Streik in der Luisenbühne wirken.

## Begrenzung der Zechenstilllegungen.

Dortmund, 7. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Ueber das Ergebnis der Besprechungen, die eine Abordnung der Vertreter der von den Zechenstilllegungen betroffenen Gemeinden, Barop, Kirchhörde, Hahlinghausen und Linden-Dahlhausen mit den maßgebenden Regierungsstellen in Berlin hatten, wird bekannt, daß der preussische Handelsminister, der Reichsinnenminister und der Reichswirtschaftsminister die feste Zusage gegeben haben, den durch die Krise im Bergbau bewirkten Folgen auf die Kommunalwirtschaft das erforderliche Interesse zuzuwenden und daß im Rahmen des Möglichen Maßnahmen getroffen werden sollen, um die Betriebsstilllegungen zu begrenzen. In der aller-nächsten Zeit wird im Ruhrgebiet eine Besprechung zwischen den Regierungsvertretern und den Vertretern der Gemeinden, der Industrie und der Arbeiterverbände über Maßnahmen zur Vinderung der Industrie-Krisenwirkungen stattfinden.

## Die Gehaltsbewegung der französischen Beamten.

Paris, 8. Oktober. (W.T.B.) Die Frage der Erhöhung der Beamtergehälter war Gegenstand einer gestern abgehaltenen Konferenz der unter Vorst. Herrlots u. a. der Finanzminister, einige Parlamentarier, namentlich die Berichterstatter der Finanzkommission des Senats und der Kommer, teilnahmen. Es wurde hauptsächlich die Frage erörtert, welche Belastung das Budget durch die Forderung eines Mindestgehaltes von 6000 Franc erfahren würde. In der Presse sind unter Berücksichtigung auch der etwaigen Erhöhung der Pensionen 3 bis 4 Milliarden jährlich genannt worden. Finanzminister Clémentel zweifelte die Richtigkeit dieser Aufstellung an und versprach, eine genaue Berechnung vorzunehmen und sie am kommenden Freitag einer neuen Konferenz vorzulegen, in deren Verlauf dann über die Forderung der Beamten entschieden werden soll.

**Band der deutschen Angestellten und Beamten.** Ortsverwaltung Groß-Berlin. Gemeinsame Mitglieder-Vorstellung der Fachgruppen Baugewerbe, Architekten und Steinmetzen am Donnerstag, abds. 7 1/2 Uhr, im Lokal „Zur alten Schmiedekammer“, Berlin SW, Jerusalemstr. 8 (Nähe Büchsenplatz). Tagesordnung: 1. Bericht über den Bundestag. 2. Bericht über den Stand der Tarifverhandlungen.

**Verband der Buchbinder und Papiermacher Deutschlands.** Ortsverwaltung Berlin. Donnerstag, 1/2 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftsbauvereins, allg. Mitglieds-Vorstellung, Tagesordnung: „Ist eine Vereinigung mit dem Oppositionsverband möglich?“ Referent: Verbandsvorsitzender Eugen Hauffen. Jedes Mitglied ist zum Erscheinen verpflichtet. Zutritt nur unter Vorlegung des Mitgliedsbuches.

## Aus der Partei.

„Sozialdemokratische Staats- und Gemeindepolitik in Hamburg unter der Verfassung von 1921.“ Unter diesem Titel gibt die Sozialdemokratische Partei Hamburgs im Verlage von Auer u. Co. eine 150 Seiten umfassende Zusammenstellung der Hamburger Politik in den letzten Jahren heraus. Die Darstellung ist als Material und Propagandensammlung für die demnächst bevorstehende Wahl zur Hamburger Bürgerschaft gedacht. Ueber den Rahmen dieser Aufgabe hinaus gewinnt der Bericht der Hamburger Genossen aber allgemeine Bedeutung für alle in der praktischen Kommunalarbeit tätigen Sozialdemokraten. Von allen bisher erschienenen Rechenschaftsberichten ist dieser Bericht weitaus der umfassendste und eingehendste. Bei der Größe Hamburgs und bei der Fülle der dort auftauchenden kommunalpolitischen Probleme wird jedes Gebiet der praktischen Arbeit eingehend behandelt. Der Bericht sollte von allen sozialdemokratischen Fraktionen bezogen und beachtet werden.

Die soeben erschienene Nummer 5 der „Kommunalen Blätter für Groß-Berlin“ enthält folgende Beiträge: Der sozialistische Magistrat und das Schmutzen, Taxifahren und Feststellungen von Wilhelm Bauffen. Städtische Kunstpflege von Siegfried Weinberg. Einheitsgemeinde und Bebauungsplan von Georg Wendt. Für sozialen Wiederaufbau. Die „Kommunalen Blätter“, die monatlich erscheinen, können sowohl durch die Post wie vom Bezirksverband bezogen werden.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Gehrman; Gewerkschaftsbewegung: W. G. Horn; Kultur: Fritz Schmalz; Politik und Sonstiges: Willy Mühsen; Angelegen: H. Gode; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

## Berliner Elektriker-Genossenschaft

angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe  
Berlin N 24, Elsäuser Str. 86-88  
Fernsprecher: Norden 1198  
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel  
Ausführung sämtl. Reparaturen  
Preiswerte, gediegene Arbeit

## Hosen Hosen

Jeder Art kaufen Sie am besten und billigsten in d. Münchener-Gladbacher Hosen-Zentrale.  
Herren- und Knaben-Anzüge.  
Hosensträger, Stutzen sehr preisw.  
Münchener-Gladbacher Hosen-Zentrale  
Rügener Str. 25 (nahe Gessendbr.)  
Blauer Laden - Fahrgeldvergüt.

## Berliner Ulk-Trio

Neukölln, Lahnstr. 74/75 L.

# BEI UNS:

In unserem erneuten Preis-Abbau bringen wir ohne Rücksicht auf die heutigen Lederpreise für gute Qualitätsware fabelhaft billige Preise. Hier wegen Platzmangels nur einige Beispiele:

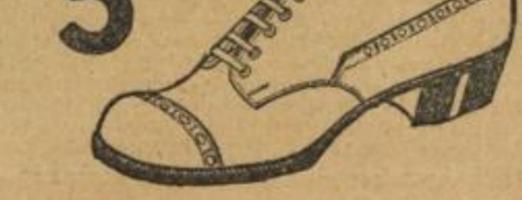
<b>Feinfels Luxus-</b> sachen aus erst. Fabrik, in Lack, Cheer, Wildleder, u. Bro- kafeder farb. u. schwarz, Spang- els, Knöpfe, Sandaletts u. Schuhe, mit Pompadour-Abatz, hoch- elegante Sorten, Gr. 35-41, Seris I 22.90, Seris II. . . . . <b>Kamoharstoff-</b> <b>Umhang-Schuhe</b> mit dicker Filz- und Leder- sohle, schön möllig, Gr. 36-42	<b>Damen-Halbschuhe</b> R-Chaussure-Cronleder, moderne Form, 35-35 . . . . .	<b>Warme Kinder-</b> <b>stiefel</b> Schnalls oder Schnür mit Filz oder Ledersohle 18-22	<b>Herrn-Stiefel</b> echt Boxkal, moderne Form dte. Orig. Good- year-Well braun, echt Chevreau u. schwarze Box-, Sriet u. Halbschuhe, mod. Formen	<b>Herrn-Halb-</b> <b>schuhe</b> Orig. Goodyear- Well, erstkl. Fabrikat, 9.50, in pa. Mackay-Ausf., gut. Mat.
9 <sup>00</sup>	3 <sup>90</sup>	1 <sup>25</sup>	9 <sup>00</sup>	7 <sup>00</sup>
2 <sup>00</sup>	6 <sup>90</sup>	95	11 <sup>00</sup>	
	5 <sup>90</sup>	4 <sup>90</sup>		
	1 <sup>45</sup>	1 <sup>95</sup>		



Spitze oder  
runde Form  
Schnür-  
Spange oder  
Pumps,  
braun, grau  
oder schwarz,  
erstklassiges  
Fabrikat

**Affenhaut** Wildleder imit., erstklassiges  
Material, prima Kernledersohlen, Größe 36-39.  
Derselbe, moderne breite Schliebespange . . .

**Echt Rind-** 6<sup>00</sup>  
**box** gut. Material  
Kräftiges Spallleder  
ohne Vorderkappe



**Schuh-Lokal** Behndt  
Münzstr. 25  
Frankfurter Allee 54  
Kottbuser Damm 13